

Konflikt um Containerdorf: Uni gegen Flüchtlingsunterkunft

Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände: Spannungen in Berlin-Dahlem. Wird die woke Fassade brüchig? Lesen Sie die Kontroverse hier.

Das Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das derzeit als Parkplatz genutzt wird, soll vom Senat für den Bau eines Containerdorfs zur Unterbringung von 260 Flüchtlingen genutzt werden. Diese Pläne haben jedoch in der Freien Universität (FU) Widerstand hervorgerufen, da die Universität dort eigentlich ein Gebäude für Lehr- und Forschungszwecke errichten möchte. Der Präsident der FU, Günter Ziegler, kritisierte, dass die Hochschulleitung nicht über die Senatspläne informiert wurde und betonte, dass die Fläche in Zukunft für eigene Baumaßnahmen benötigt wird.

Ein Sprecher der Universität bestätigte, dass die FU grundsätzlich bereit ist, geflüchtete Menschen zu unterstützen, wie sie es bereits während der Flüchtlingskrise in den Jahren 2014 und 2015 getan hat. Die Universität wies jedoch darauf hin, dass die Fläche ab 2023 dringend für eigene Bauprojekte benötigt wird und keine Alternativen zur Verfügung stehen. Die FU schlug stattdessen vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Nähe des Standorts Thielallee 92 für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen.

Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Albrecht Broemme, verteidigte die Pläne für das Containerdorf und betonte, dass die Unterbringung von Flüchtlingen notwendig

sei, solange das Grundstück brachliege. Der Senat beschloss Ende März den Bau von 16 weiteren Containerdörfern in verschiedenen Bezirken Berlins, um dem Mangel an Wohnraum für Flüchtlinge entgegenzuwirken.

Die geplante Nutzung des Unigeländes in Steglitz-Zehlendorf für das Containerdorf löste Kritik und Spott im Netz aus. Einige Nutzer äußerten Unverständnis darüber, dass die FU Berlin, die sich als weltoffen und tolerant präsentiert, Widerstand gegen die Unterbringung von Flüchtlingen zeigt. Die Diskussion wirft Fragen nach Rassismus und Intoleranz auf und lässt Zweifel an der Offenheit der Universität aufkommen.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de